

**Freie Hansestadt Bremen
Ortsamt Horn-Lehe**

PROTOKOLL
der öffentlichen Beiratssitzung

DATUM	BEGINN	ENDE	SITZUNGSORT
17.08.2023	19:00 Uhr	21:50 Uhr	Gemeindesaal der evangelischen Kirchengemeinde Horn

TEILNEHMER

ORTSAMT:	Inga Köstner (Vorsitz) Charlotte Eckardt (Protokoll)
BEIRAT:	Katy Blumenthal, Dr. Birte Eckardt, Dirk Eichner, Philipp Eilers, Paul Ditter, Ralph Draeger, Dr. Harald Graaf (ab 19:43 Uhr), Claus Gülke, Larissa Gumgowski, Alicia Leidreiter, Marc Liedtke, Ingrid Porthun, Gudrun Stuck
ENTSCHULDIGT:	Birgit Bäuerlein, Manfred Steglich
GÄSTE:	Andrea Wittrock (Leitende Polizeidirektorin – Direktion Einsatz) Volker Fahlbusch (Referatsleiter E63 – Polizeikommissariat Präsidium, Direktion Einsatz, Regionale Abteilung Ost)

TAGESORDNUNG:

1. Begrüßung und Beschluss der Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls der konstituierenden Sitzung des Beirates Horn-Lehe vom 29.06.2023
3. Verabschiedung ehemaliger Beiratsmitglieder
4. **Temporäre Abordnung von Kontaktpolizisten in den Innendienst**
 - hierzu Kontaktpolizisten im Stadtteil entsprechend ihrer Aufgabe einsetzen – Antrag CDU (07.08.2023)
5. **A27-Ausbaupläne stoppen**
6. Anträge des Beirates
 - Planungskonferenz zum Thema Gewässerschaden – Antrag B90/Die Grünen (11.07.2023)
 - Mehr Mittel für die Pflege von Grünanlagen insbesondere in den Außenbezirken – Haushaltsantrag CDU (07.08.2023)
 - Finanzierung der offenen Kinder und Jugendarbeit – Haushaltsantrag CDU (09.08.2023)
7. Globalmittel – Vergabe von Beiratsmitteln
 - BM 14/2023 - Initiativantrag des Beirates, Layout und Druck Rezeptbüchlein Horn-Lehe Nummer 3, Antrag über bis zu 800 €
8. Wünsche, Fragen und Anregungen der Öffentlichkeit in Stadtteilangelegenheiten
9. Mitteilungen des Beiratssprechers / Ortsamtes
10. Verschiedenes

Zu TOP 1: Begrüßung und Beschluss der Tagesordnung

Frau Köstner begrüßt die Mitglieder des Beirates, die Gäste von der Polizei, die Presse und das Publikum zur ersten Sitzung des Beirates Horn-Lehe nach der Sommerpause.

Beschluss: Die Tagesordnung wird ohne Änderungen und/oder Ergänzungen genehmigt. (Einstimmig)

Zu TOP 2: Genehmigung des Protokolls der konstituierenden Sitzung des Beirates Horn-Lehe vom 29.06.2023

Beschluss: Das Protokoll wird ohne Änderungen/Ergänzungen genehmigt. (Einstimmig)

Zu TOP 3: Verabschiedung ehemaliger Beiratsmitglieder

Die Fraktionssprecher:innen bedanken sich im Namen des ganzen Beirates bei den ehemaligen Mitgliedern Hansjörn Hintmann, Michael Koppel, Barnabás Adam, Dirk Porthun, Jochen Behrendt,

Carola Schmidt und Hermann Pribbernow für ihr zum Teil jahrzehntelanges Engagement für den Stadtteil Horn-Lehe.

Zu TOP 4: Temporäre Abordnung von Kontaktpolizisten in den Innendienst

Frau Köstner dankt Frau Wittrock, der leitenden Polizeidirektorin und Herrn Fahlbusch Referatsleitung für den Einsatz im Bremer Osten für ihre Teilnahme an der Sitzung. Der Grund für die Einladung ist die Entscheidung, die Kontaktpolizist:innen (kurz KoPs) für die Abarbeitung von Rückständen bei der Anzeigenbearbeitung und in der Zentralen Anzeigenaufnahme einzusetzen. Die Mitteilung erging während der Sommerpause kurzfristig an die Ortsämter. Die Maßnahme wird – beginnend mit Schulungen – bereits seit der 31. Kalenderwoche umgesetzt. Der Innensenator und der Polizeipräsident lehnten die Teilnahme an der Sitzung des Beirates Horn-Lehe mit dem Hinweis auf die Beirätekonferenz am 30. August 2023 ab.

Frau Wittrock erklärt anhand einer Präsentation die Herausforderungen für die Polizei Bremen, die zu der aktuellen Entscheidung geführt haben. Das Personal der Polizei soll gemäß dem aktuellen Koalitionsvertrag von derzeit 2.667 auf 3.100 Kräfte aufgestockt werden. Es gibt jedoch schon jetzt Arbeitsaufkommen für 3.100 Mitarbeitende. Einstellungen und Ausbildung laufen derzeit verstärkt, sodass etwa ab 2024 mit einer Entlastung zu rechnen ist. Die Anzahl der Notrufe (1. Halbjahr 2023: 95.514) und Einsätze (1. Halbjahr 2023: 58.054) sind in den letzten Jahren stark gestiegen. Die Kriminalitätsentwicklung steigt ebenfalls an. Im Vergleich der ersten Halbjahre gab es von 2021 bis 2023 eine Steigerung von 35 Prozent. Die einzelnen Fälle werden dabei immer komplexer, was unter anderem an der Verlagerung von Kriminalität und Beweisen in den digitalen Bereich sowie geänderten Rechtsgrundlagen liegt. Deswegen stieg die Anzahl der Rückstände in den letzten Jahren kontinuierlich an (1. Quartal 2021: 12.078 Fälle, 4. Quartal 2022: 22.497 Fälle, 2. Quartal 2023: 17.908 Fälle). Es haben in den letzten Monaten schon viele Einheiten der Polizei an der Reduzierung dieser Rückstände mitgearbeitet, z.B. Präsidialstab, Objektschutz, Bereitschaftspolizei oder Teilzeitkräfte, die ihre Arbeitszeit aufstockten. Zwar gab es dadurch eine Reduzierung der unbearbeiteten Fälle, aber keinen vollständigen Abbau oder gar eine nachhaltige Lösung, was der eigentliche Anspruch ist. Mit den Kontaktpolizisten wird nun eine weitere Einheit für diese Aufgabe herangezogen.

Geplant ist, dass sie sowohl für einen Tag pro Woche in der Zentralen Anzeigenaufnahme mithelfen und zusätzlich fünf Altfälle pro Woche abarbeiten. Dabei handelt es sich um einfache Fälle mit relativ geringem Arbeitsaufwand. Es wird mit durchschnittlich einer Stunde pro Fall gerechnet. Insgesamt umfasst die neue Aufgabe dann 30 Prozent der Arbeitszeit einer Vollzeitkraft. Ihre originären Aufgaben werden die KoPs weiterhin wahrnehmen. Es wurden drei Aufgabengebiete festgelegt, die jetzt temporär eingestellt werden müssen: Fahrerermittlung für das Ordnungsamt, Zwangsentstempelung für das Bürgeramt und Einbindung in die Präventionsstelle. Die wichtigsten Arbeiten, wie Opfernachsorge, Arbeit in Brennpunkten und Ansprechpartner für den Stadtteil bleiben erhalten.

Im Oktober ist der neue Ausbildungsjahrgang fertig, sodass die Kontaktpolizist:innen dann schon aus der Zentralen Anzeigenaufnahme abgezogen werden sollen. Die Abarbeitung der Rückstände soll als Aufgabe bleiben und dann ca. 15 Prozent der Arbeitszeit betragen. Neben dem Zugang des Absolvent:innenjahrgangs zum 1. Oktober 2023, beginnt am 1. November 2023 ein Lehrgang für Ermittler:innen und es gibt Ende des Jahres Neueinstellungen von Nichtvollzugskräften, sodass die KoPs Ende des Jahres von der Sonderaufgabe wieder abgezogen werden sollten. Zum 1. April 2024 schließt die zweite Hälfte des Hochschuljahrgangs ab, weswegen man dann die Nachbesetzung der vakanten KoP-Stellen vornehmen kann.

Herr Gülke beschreibt die aktuelle Situation als ein Desaster. Insbesondere kritisiert er die fehlende Einbindung der Beiräte bei der Entscheidung. Frau Wittrock kann die Kritik nachvollziehen. Zu Beginn des Sommers waren jedoch noch einige Dinge zu klären, sodass die Kommunikation dann in das Sommerloch gefallen ist. Die Kontaktpolizist:innen arbeiten viel an der Prävention von Kriminalität, meint Herr Gülke. Wenn sie immer wieder zu anderen Arbeiten

herangezogen werden, verwundert ihn der Anstieg der Fälle nicht. Frau Wittrock entgegnet, dass es eine zentrale Präventionsstelle gibt, die hauptsächlich für die Vorsorge vor Straftaten zuständig ist und dass die Kontaktpolizist:innen auch weiterhin für die Menschen im Stadtteil da sind, zum Beispiel bei der Arbeit mit Jugendlichen. Herr Gülke sieht dies nicht, denn an einen ganzen Tag sind die KoPs nicht vor Ort, sondern bei der Anzeigenaufnahme, hinzu kommt die Büroarbeit bei der Abarbeitung der Akten. Die Situation könnte abgemildert werden, wenn die KoPs die Anzeigen wenigstens in ihrem Stadtteil entgegennehmen könnten. Er sieht die Arbeit der Polizist:innen nicht sonderlich geschätzt aufgrund der aktuellen Entscheidung. Frau Wittrock sagt, dass wenn wenig in der Anzeigenaufnahme los ist, auch dort Zeit für Aktenarbeit bleibt. Das Einsatzgebiet der KoPs ist jedoch grundsätzlich die ganze Stadt und nicht nur ein Stadtteil. Wenn es nach der Polizei gehe, würden wieder alle sechs Stellen zur Anzeigenaufnahme ihre Arbeit aufnehmen. Dies kann jedoch derzeit personell nicht geleistet werden. Grundsätzlich ist sie aber von der bürgernahen Arbeit der Kontaktpolizist:innen nach wie vor überzeugt.

Herr Eichner sagt, dass die Kurzfristigkeit bei der Mitteilung so nicht wieder vorkommen dürfe. Er will wissen, ob die eingepflanzten KoP-Stellen alle besetzt sind, ob der Gesamtzeitraum der Abordnung festgeschrieben ist und wie sichergestellt wird, dass sich der aufgabenfremde Einsatz der Polizist:innen nicht verstetigt. Frau Wittrock antwortet, dass die Einstellungs- und Absolvent:innenzahlen definitiv sind, über das Anzeigenaufkommen in den kommenden Monaten aber nur spekuliert werden kann. Sie rechnet mit einem Rückgang der Fälle, weswegen nach aktueller Prognose die Neuzugänge ausreichen werden. In dem Schreiben des Polizeipräsidenten an die Ortsamtsleitungen steht, dass die Maßnahme bis zum Ende dieses Jahres dauern soll. Die 100 Stellen der Kontaktpolizei waren zum Stichtag 01. Januar 2023 besetzt. Unterjährig gibt es aber Abgänge. Die freien Stellen werden zum Stichtag 01. April 2024 nachbesetzt.

Frau Stuck möchte wissen, wie die Stadtteilarbeit trotz der Schulungen und Sonderaufgaben möglich sein soll und ab wann der Endtermin für die Maßnahme feststehen wird. Frau Wittrock erklärt, dass sie derzeit mit einem Anteil von 30 Prozent für die Anzeigen- und Aktenarbeit rechnet, diese Zahl jedoch schwer zu schätzen ist. Es ist ein Durchschnittswert und hängt u.a. von der Steuerung durch die Vorgesetzten ab. Wenn es eine hohe Aufgabenbelastung beispielsweise durch Schwerpunktmaßnahmen für einen der KoPs gibt, würde dieser weniger Akten erhalten und die Arbeit durch Kolleg:innen ausgeglichen. Bezüglich des Endtermins verweist Frau Wittrock auf den Zeitplan für die Neueinstellungen, den sie vorgestellt hat.

Frau Dr. Eckardt fragt, wie es zu den erhöhten Fallzahlen gekommen ist. Wird die digitale Anzeigenaufnahme genutzt und könnte diese ausgebaut werden? Wie ist das Verhältnis von Pensionierungen gegenüber Neueinstellungen und könnte mit weniger Frühpensionierungen gegen den Personalnotstand angegangen werden? Wie ist es zu verstehen, dass ein Vorgang pro Tag abgearbeitet werden soll? Frau Wittrock erklärt die Entwicklung der Rückstände damit, dass es einen Anstieg der Fälle gegeben hat bei gleichzeitigem Personalengpass und einer gestiegenen Komplexität der Fälle. Eine Akte pro Tag ist ein Durchschnittswert. Als Mittelwert pro Akte wird mit einer Stunde Bearbeitungszeit gerechnet. Trotz hoher Einstellungen gab es bisher insgesamt keinen Zuwachs an Personal, weil nur die Pensionierungen ausgeglichen werden konnten. Dies wird sich nun ändern, u.a. weil sehr viel ausgebildet wird. Es gibt bei der Polizei wenig Frühpensionierungen. Das Regelalter ist 62 Jahre. Daran wird durch Politik und Gewerkschaft auch festgehalten, denn viele Polizist:innen haben dann bis zu 35 Jahre im Schichtdienst gearbeitet. Eine Online-Anzeige kann derzeit nur für bestimmte Delikte erfolgen. Dies könnte erweitert werden. Auf der einen Seite wird weniger Personal bei der digitalen Anzeige benötigt. Auf der anderen Seite wird durch das bequeme Verfahren auch mehr zur Anzeige gebracht.

Herr Draeger betont, wie wichtig die Arbeit der Kontaktpolizist:innen ist und, dass sie im Beirat und Stadtteil eine hohe Wertschätzung genießen. Ihm ist es wichtig, dass die Polizei auf der Straße gesehen wird, da dies eine abschreckende Wirkung auf Straftäter hat. Außerdem es ist sehr unangebracht, dass der Beirat so spät informiert wurde. Wäre es möglich, die Rückstände von Kräften bearbeiten zu lassen, die keine Polizeibeamt:innen sind? Frau Wittrock sagt, dass es auch im Ermittlungsbereich Quereinstiege gibt. Aber für die polizeiliche Ermächtigung braucht es die

Ausbildung als Polizist:in. Wo es möglich ist, werden schon Nichtvollzugsbeamt:innen eingesetzt, beispielsweise in der Personalabteilung oder der IT.

Frau Blumenthal erkundigt sich, ob zum jetzigen Zeitpunkt alle KoP-Stellen besetzt sind und ob die Anzeigestellen seit der Corona-Zeit geschlossen sind. Außerdem fragt sie nach, wie die Einbindung der KoPs bei der Präventionsstelle aussieht. Frau Wittrock erklärt, dass von den 100 KoP-Stellen zum 01. Januar 2023 alle besetzt waren. Wegen unterjähriger Abgänge, gibt es derzeit einige Vakanzen. Zum 01. April 2024 ist der nächste Stichtag zur Nachbesetzung der Stellen. Während Corona konnten Anzeigen nur noch in drei statt sechs Stellen aufgegeben werden. Es wurde aber die telefonische Erreichbarkeit ausgebaut. Die Arbeit der Präventionsstellen sieht vor, dass zu bestimmten Zeiten im Jahr bestimmte Aufgaben, bzw. Aufklärung erfolgt. Die Einbindung der KoPs bei diesen Aufgaben ist in den nächsten Monaten weniger.

Frau Schmidt erläutert, dass ihr Ehemann Polizist in Niedersachsen war. Der Arbeit der Polizisten gebührt eine große Anerkennung. Sie will wissen, in welchen Stadtteilen es mehr bzw. weniger Einsätze gibt. Anscheinend ist die Regierung nicht bereit mehr Geld für Personal einzusetzen, bedauert Frau Schmidt. Sie hat beobachtet, dass sich das Dealen bei ihr in der Nachbarschaft in der Curiestraße ausbreitet. Frau Wittrock erklärt, dass Notrufe nicht nach Stadtteilen aufgeschlüsselt werden. Ein Schwerpunkt der Polizeiarbeit liegt derzeit am Hauptbahnhof und der direkten Umgebung. Dies hat die Auswirkung, dass die Aktivitäten, die bisher konzentriert am Bahnhof stattfanden, nun in die Außenbezirke verdrängt werden. Diese Arbeit ist aber nicht Aufgabe der Kontaktpolizist:innen.

Herr Eilers meint, dass der Senator für Inneres und der Polizeipräsident für ihre Entscheidung in der Sitzung Rede und Antwort stehen sollte. Er befürchtet, dass es sich nicht nur um wenige Monate für die neue Sonderaufgabe handeln wird, denn die Neueingestellten müssen noch eingearbeitet werden und haben keine oder wenig Erfahrung. Frau Wittrock erklärt, dass die neuen Kräfte in den Einsatzdienst kommen, denn es gibt an allen Ecken Personalprobleme. Ältere Kolleg:innen wechseln dann in die Anzeigenaufnahme. Außerdem betont sie, dass es sich um eine gemeinschaftliche Entscheidung der Polizei und nicht nur des Polizeipräsidenten und des Innensensors handelt. Alle haben das Ziel, die KoPs Ende des Jahres wieder entsprechend ihrer originären Aufgaben einzusetzen. Der Monat, in dem dies sein wird, kann aber noch nicht genannt werden.

Frau Köstner verliest die Namen auf der Redeliste und schlägt das Schließen der Redeliste vor.

Beschluss: Es äußert sich kein Widerspruch zum Schluss der Redeliste. (einstimmig)
--

Herr Ditter möchte klarstellen, dass auf die Personalprobleme derzeit durchaus reagiert wird. Es wird eingestellt und es wird ausgebildet. Er fragt, ob es noch andere Abteilungen gibt, die für das Abarbeiten der Rückstände herangezogen werden. Frau Wittrock meint, dass viele derzeit jetzt schon einen Beitrag zur Lösung des Problems beitragen, zum Beispiel die Stabsdienststellen oder Teilzeitkräfte, die aufgestockt haben. In dem Zusammenhang will Herr Gülke wissen, welche Aufgaben die Nichtvollzugskräfte haben. Frau Wittrock zählt auf, dass diese beim Controlling, der Personalabteilung, der IT oder auch im ärztlichen Dienst beschäftigt sind. In diesen Bereichen werden kaum noch Polizeibeamt:innen eingesetzt

Frau Stuck bittet, dass dem Beirat weiterhin berichtet wird, wie sich die Situation entwickelt. Frau Wittrock bietet an, dass man Ende des Jahres wieder zusammenkommen kann.

Eine Frau im Publikum berichtet, dass die Telefonnummer für die Anzeigenaufnahme ständig besetzt war. Der Mitarbeiter, den sie dann erreicht hat, hatte zu ihr gesagt, dass die Stelle völlig überlastet sei. Sie berichtet von einem Erlebnis am Vortag im Luisental mit einer verwahrlosten Person und einem Paar, das einen Einkaufswagen durch die Straßen fuhren. Frau Wittrock sagt, dass es auch bei der Anzeigenaufnahme Stoßzeiten gibt. Es gibt keine Warteschleife, sondern

man muss es zu einem späteren Zeitpunkt erneut versuchen. Die Situation am Vortag im Luisental könnte auch auf den Verdrängungseffekt vom Hauptbahnhof zurückzuführen sein.

Ein anderer Gast fragt, ob Bremen überlegt auf freiwillige Einsatzkräfte zurückzugreifen, wie dies in anderen Bundesländern schon der Fall ist. Polizeiarbeit gehört in die Hände der Polizei, antwortet Frau Wittrock.

Herr Dr. Graaf möchte wissen, ob die Stadtteilpolitik die Polizei unterstützen könnte. Frau Wittrock meint, dass Unterstützung immer gut ist. Sie freut sich über die Personalzahlen, die im Koalitionsvertrag stehen und ist zuversichtlich, diese Personalstärke auch bald zu erreichen. Bei der Digitalisierung hat die Bremer Polizei noch Unterstützungsbedarf.

Herr Gülke stellt den Antrag der CDU-Fraktion vor.

Beschluss: Der Beirat Horn-Lehe:

1. fordert den Senator für Inneres und Sport auf, die seit Jahren versprochenen 110 Kontaktpolizisten-Stellen (KOPs) in den Stadtteilen Bremens bei derzeitigen Vakanzen umgehend zu besetzen;
2. fordert den Senator für Inneres und Sport des Weiteren auf, die KOPs ausschließlich entsprechend ihrer ursprünglichen Kernaufgaben (Betreuung der Stadtteile, polizeiliche Präventionsarbeit, Ansprechpartner für die Stadtteilbewohner etc.) in den Stadtteilen einzusetzen und nicht für anderweitige Polizeikernaufgaben wie Anzeigenbearbeitung, Verkehrssachbearbeitung oder Weihnachtsmarkteinsätze abzuziehen;
3. erwartet, dass die Senatskanzlei alle Senatsressorts ausdrücklich auf die in §31 Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter beschriebenen Beteiligungs- und Informationsrechte hinweist und diese auch von ihnen einfordert.

Begründung:

Die Kontaktpolizisten leisten in den Ortsteilen und Quartieren unserer Stadt eine wichtige Arbeit, fungieren als soziales Bindeglied und direkter Ansprechpartner für Bürgerinnen und Bürger. In alltäglichen Fragen der Sicherheit, bei kleineren Konflikten und der Verbrechensprävention sind sie vor Ort. Sie zeigen in ihrem Wirken u. a. deutliche Präsenz auf der Straße und erhöhen somit sowohl das subjektive Sicherheitsempfinden unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger als auch die objektive Sicherheit im Stadtteil. Eine weitere Reduzierung dieser wichtigen Arbeit ist den Menschen in unserem Stadtteil schlicht nicht zu vermitteln.

Der Senator für Inneres und Sport hat nun erneut entschieden, ohne die Ortsämter und Beiräte vorab zu informieren oder gar zu beteiligen, dass die derzeit 94 KOPs zukünftig einen Teil ihrer Arbeitszeit im Innendienst verrichten müssen, um den Bearbeitungsrückstau bei den Strafanzeigen abzubauen. Eine entsprechende Dienstanweisung ist den Ortsamtsleitern erst einen Tag vor Beginn der neu geplanten Maßnahme am 31.07.2023 übermittelt worden.

Das bereits im rot-grün-roten Koalitionsvertrag von 2019 ausgegebene Ziel, bis Mai 2023 auf Bremens Straßen 110 Kontaktpolizisten dauerhaft einzusetzen, wurde klar verfehlt. Schon in der letzten Wahlperiode hatte Innensenator Mäurer aus Personalnot darauf hingewirkt, dass die KOPs einen Teil ihrer bürgernahen Arbeit einstellen und stattdessen fachfremde Tätigkeiten verrichten mussten. Als Konsequenz mussten sowohl Verkehrssachbearbeiter als auch Revierleiter zu Kontaktpolizisten erklärt werden.

Die KOPs sind unverzichtbarer Bestandteil der Sicherheitsstrategie Bremens für alle Stadt- und Ortsteile und müssen dementsprechend in der benötigten Form unterstützt werden. Der Beirat Horn-Lehe steht hinter den engagierten und hoch motivierten Kontaktpolizisten und wertschätzt ihre Arbeit für die Sicherheit im Stadtteil außerordentlich. **(einstimmig)**

Zu TOP 5: A27-Ausbaupläne stoppen

Frau Stuck stellt den Antrag von Bündnis 90/Die Grünen vor.

Herr Gülke meint, dass es bislang noch unklar ist ob und wann der Ausbau der A27 ansteht. Eine Beschlussfassung findet er aktuell nicht nötig, da es keine aktuellen Planungen gibt. Eine Befassung des Beirates wird es geben, wenn es konkrete Pläne, Zahlen und Fakten gibt. Aus diesem Grund wird er dem Antrag der Grünen, wie er heute vorliegt, ablehnen.

Herr Ditter schließt sich zum Teil der Kritik von Herrn Gülke an. Es würde der Politik des Beirates schaden, wenn er seine Entscheidung zu einem späteren Zeitpunkt revidieren müsste. Er wird sich bei der Abstimmung enthalten, da es weder für eine Zustimmung, noch eine Ablehnung aktuell einen Anlass gibt.

Herr Eilers schließt sich den bisherigen Ausführungen an. Auch er wird wegen der genannten Gründe den Antrag ablehnen.

Herr Koppel argumentiert, dass der Stadtteil Horn-Lehe in hohem Maß betroffen ist, da die Autobahn durch den ganzen Stadtteil führt. Auf der Autobahn gibt es kaum Stau, sodass ein Ausbau auch nicht nötig ist.

Herr Eichner erinnert daran, dass in der Sitzung des Beirates im Juni gesagt wurde, dass es nicht genug Informationen über die Ausbaupläne gibt und deswegen auch vom Beirat noch keine Entscheidung getroffen werden kann.

Nils Gutmann weist auf die Lage des Gymnasiums Horn direkt an der Autobahn hin. Durch die Baustelle und die Verbreiterung wäre die Schule erheblich von Lärm beeinträchtigt. Außerdem müsse viele Schüler:innen täglich die Autobahn überqueren. Herr Behrend betont, dass es einen massiven Klimawandel gibt, gegen den der Beirat ein klares Zeichen setzen soll.

Frau Blumenthal möchte von den Antragstellern wissen, auf welche Quellen sie sich bei der Begründung des Antrags beziehen. Herr Koppel antwortet, dass alles im Internat nachzulesen ist, was für Frau Blumenthal aber keine ausreichende Angabe ist.

Herr Porthun sagt, dass es durchaus Staus auf der A27 gibt. Eine Lösung könnte sein, die Ausweichstraßen weiter auszubauen, um so einen Rückstau zu vermeiden.

Herr Dr. Graaf erkennt das Interesse der Grünen, den CO₂-Ausstoß zu minimieren durchaus an, stellt aber in Frage, ob dieser Antrag das geeignete Mittel ist. Es geht auch darum, mehr Güter auf die Schiene zu bringen. Der Beirat ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht ausreichend genug informiert, um qualifiziert über den Antrag zu entscheiden.

Frau Köstner verliest die Antwort der Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung vom 13. Juli 2023 auf die Referent:innenanfrage, die dem Beirat bereits zur Kenntnis zugeschickt wurde, um klarzustellen, dass es im Rahmen einer Beiratssitzung auch keine weiteren Informationen in der Sache geben wird.

Frau Stuck sagt, dass der Ausbau der Autobahn A27 ein Eingriff in das Naturschutzgebiet wäre und es zu einer Steigerung der Emissionen kommen würde. Sie bitte um ein klares Votum des Beirates gegen diese Entwicklung.

Beschluss: Der Beirat Horn-Lehe lehnt den geplanten Autobahnausbau der A27 auf 6 Spuren zwischen Überseestadt und Bremer Kreuz ab.

Begründung:

Das Verkehrsaufkommen hat sich nicht in der Weise gesteigert, wie noch vor einigen Jahren prognostiziert wurde. So ist der Bedarf nicht mehr erkennbar. Umweltschäden, wie Eingriffe in das Naturschutzgebiet Hollerland, nicht hinnehmbare weitere Versiegelung von Grünflächen, erhöhte CO²- Emissionen und die weitere Zunahme des Verkehrslärms rücken noch näher an die Wohngebiete und Naturschutzflächen. Die Folgen sind stärkere Belastung für Mensch und Natur, eben auch besonders für den Stadtteil Horn-Lehe. **(3 Ja-Stimmen, 7-Neinstimmen, 3 Enthaltungen)**

Zu TOP 6: Anträge des Beirates

6.1 Planungskonferenz zum Thema Gewässerschaden – Antrag B90/Die Grünen (11.07.2023)

Frau Stuck stellt den Antrag von Bündnis 90/Die Grünen vor.

Beschluss: Zum Thema Gewässerschutz soll Ende September eine Planungskonferenz durchgeführt werde, zu der Vertreter:innen der beteiligten Behörden eingeladen sind. Einladungen an den Bremer Biologen Prof. Dr. Thomas Klefoth sowie Claus Lumma, Referent für Gewässerschutz, sollen ebenfalls ausgesprochen werden.

Begründung:

Das Fischsterben u.a. im Mittelkämpesee und der Kleinen Wümme hat besorgniserregende Ausmaße angenommen und es muss dringend Abhilfe geschaffen werden. Behördenvertreter:innen sind aufgefordert, entsprechende Maßnahmen zu benennen. **(einstimmig)**

6.2 Mehr Mittel für die Pflege von Grünanlagen insbesondere in den Außenbezirken – Haushaltsantrag CDU (07.08.2023)

Herr Gülke stellt den Antrag der CDU vor.

Beschluss: Der Beirat Horn-Lehe fordert den Senat auf, das Budget für die Pflege inkl. Bewässerung und Instandhaltung von Grünflächen, vor allem in den Randlagen der Stadt, zu erhöhen.

Begründung:

Grünanlagen tragen maßgeblich zur Aufenthalts- und Lebensqualität in den Stadtteilen bei. Attraktive Grünanlagen werden dabei nicht nur von Einwohnerinnen und Einwohnern des jeweiligen Stadtteils genutzt, sondern sind auch Anziehungspunkt von Mitbürgerinnen und Mitbürgern der ganzen Stadt sowie von Gästen.

Daneben sind Grünanlagen wichtig für das Klima in der Stadt. Pflanzen filtern und binden große Mengen an klimaschädlichem Kohlendioxid. Wasser, welches über Blätter verdunstet, senkt die Temperatur der Umgebung und hilft so, hohe Temperaturen im Sommer auf einem halbwegs erträglichen Level zu halten. **(einstimmig)**

6.3 Finanzierung der offenen Kinder und Jugendarbeit – Haushaltsantrag CDU (09.08.2023)

Herr Draeger stellt den Antrag der CDU vor.

Beschluss: Die offene Kinder- und Jugendarbeit ist chronisch unterfinanziert. Auch im Kalenderjahr 2022 und vermutlich im Kalenderjahr 2023 sind die zur Verfügung stehenden Mittel nicht ausreichend, um eine qualitativ gute und für die Träger kalkulierbare offene Kinder- und Jugendarbeit zu gewährleisten. Um überhaupt die Arbeit durchführen zu können, war 2022 eine neu zu verhandelnde Finanzierung erforderlich.

Die Träger haben zur Zeit mit stark gestiegenen Personal- und Energiekosten zu kämpfen. Ein ebenso großes Problem ist der Mangel an Fachkräften.

Ein Lösungsansatz ist die Bereitstellung von finanziellen Mitteln, die es den Trägern erlauben, eine qualitativ gute und perspektivisch angelegte offene Kinder und Jugendarbeit zu ermöglichen. Es sollte dann auch möglich sein, Fachkräfte zu werben.

Die Haushaltsstelle soll darum in erheblicher Höhe aufgestockt werden. Eine Aufstockung um 25 bis 30 Prozent ist vorzunehmen, um die o.g. Ziele zu erreichen.

Der Haushalt wird für zwei Jahre (2024 und 2025) aufgestellt. Eine Prognose hinsichtlich der Personal- und Energiekosten ist auch im Hinblick auf die Inflationsrate nur schwer möglich.

Darum soll im Haushalt 2025 eine Kostensteigerung von nochmals 15 Prozent in der Haushaltsplanung berücksichtigt werden. **(einstimmig)**

Zu TOP 7: Globalmittel – Vergabe von Beiratsmitteln

- BM 14/2023 - Initiativantrag des Beirates, Layout und Druck Rezeptbüchlein Horn-Lehe Nummer 3, Antrag über bis zu 800 €

Frau Köstner erläutert, dass es in den letzten beiden Jahren zwei Rezeptbüchlein gab, die aus dem Horner Online-Kaffee hervorgegangen sind und als Initiativantrag vom Beirat finanziert wurden. Die dritte Ausgabe soll gleichzeitig die letzte sein. Frau Stuck kündigt an, nicht mit abzustimmen, da sie Teil des Projektes ist.

Beschluss: Der Beirat Horn-Lehe beschließt, für das Projekt Layout und Druck Rezeptbüchlein Horn-Lehe Nummer 3 bis zu 800,00 € aus Globalmitteln zur Verfügung zu stellen. **(einstimmig)**

Zu TOP 8: Wünsche, Fragen und Anregungen der Öffentlichkeit in Stadtteilangelegenheiten

Ein Anlieger der Leher Heerstraße lobt, dass die Kanalbauarbeiten dort zügig vorangehen. Die Verkehrsführung der Umleitung beschreibt er hingegen als katastrophal. Die verwirrende Beschilderung führt dazu, dass die Verkehrsteilnehmer:innen die Verkehrsregeln nicht mehr akzeptieren würden. Frau Köstner berichtet, dass es zu der Baustelle sehr unterschiedliche Beschwerdelagen gibt. Es finden regelmäßig Ortsbegehungen mit den Sachbearbeitern von Polizei und Amt für Straßen und Verkehr statt. Falls es konkrete Anliegen gibt, können diese gerne an das Ortsamt gesendet werden. Diese werden dann an die zuständigen Stellen weitergeleitet.

Herr Hintmann bringt vor, dass alten Menschen sehr große Probleme haben, in die Bahnen der BSAG zu steigen. Frau Köstner sagt dazu, dass dieses Thema im Sozialen Arbeitskreis Alter aufgegriffen wird. Herr Behrendt ergänzt, dass sich auch der Fachausschuss Soziales und Sport damit beschäftigen kann.

Zu TOP 9: Mitteilungen des Beiratssprechers / Ortsamtes

Herr Draeger berichtet, dass das Thema temporäre Abordnung der Kontaktpolizist:innen auch auf der ersten Beirätekonferenz am 30. August 2023 besprochen wird. Er wird teilnehmen und von der Sitzung berichten. Die Präsidentin der Bürgerschaft Antje Grotheer hat für den 22. August 2023 zu einem Empfang in der Bürgerschaft eingeladen. Er würde sich über eine rege Teilnahme des Beirates Horn-Lehe freuen. Herr Draeger überlegt eine Bürgersprechstunde einzurichten. Anregungen in welchem Rahmen dies stattfinden kann, nimmt er gerne entgegen.

Herr Draeger möchte sich für das Sprechergremium der Beirätekonferenz zur Wahl stellen. Der Beirat Horn-Lehe begrüßt die Kandidatur von Herrn Draeger.

Frau Köstner verweist auf das Kulturfest bei Lestra, dass am Sonntag, den 27. August 2023 stattfinden wird. Der Beirat hat einen Stand dort. Die Fraktionen sollten dem Ortsamt die personelle Besetzung des Stands mitteilen, bislang gibt es aber erst die Rückmeldung von einer Fraktion. Die Frist wird bis zum morgigen Freitag verlängert.

Datum	Uhrzeit	Veranstaltung	Ort
22.08.2023	17 Uhr	Jugendbeirat	Diele Ortsamt
27.08.2023	10 – 17 Uhr	Kulturfest in Horn	Lestraparkplatz
28.08.2023	18 Uhr	FA Klima, Umwelt und Verkehr	Diele Ortsamt
30.08.2023	17 Uhr	Beirätekonferenz	Rathaus
31.08.2023	18 Uhr	FA Soziales und Sport	Diele Ortsamt
02.09.2023	15 – 18 Uhr	Stiftungsfest Hans-Wendt-Stiftung	Am Lehester Deich 17-19
06.09.2023	15.30 Uhr	Runder Tisch Jugend Horn-Lehe, Borgfeld, Oberneuland	Jugendhaus Horn-Lehe, Curiestraße
08.09.2023	14 Uhr	Quartiersfest rund ums Jugendhaus	Jugendhaus Horn-Lehe, Curiestraße
09.09.2023	15 – 18 Uhr	Begegnungscafé	Jugendhaus Horn-Lehe, Curiestraße
12.09.2023	17 Uhr	FA Bildung und Kinder	
14.09.2023	18 Uhr	FA Stadtteilentwicklung, Kultur und Jugendbeteiligung	
15.09.2023	14 – 16 Uhr	Digitale Sprechstunde mit Bürgermeister Andreas Bovenschulte	Anmeldung notwendig bis zum 27.08.2023

Zu TOP 10: Verschiedenes

Frau Porthun fragt, ob es eine Liste aller Handynummern von allen Mitgliedern des Beirates und der sachkundigen Bürger:innen für den internen Gebrauch geben kann. Frau Köstner antwortet, dass dazu das Einverständnis aller Personen vorliegen muss.

Herr Graaf sagt, dass derzeit die Buslinie 31 durch Taxis ersetzt wird. Herr Gülke ergänzt, dass es seitens der BSAG keine gesonderte Information zu der Maßnahme gab, da das Angebot ja grundsätzlich aufrechterhalten wurde. Frau Blumenthal hat gehört, dass das Angebot aber äußerst schlecht funktioniert. Beispielsweise leisten die Fahrer:innen keine Hilfe beim Ein- oder

Aussteigen in den Wagen. Wenn Subunternehmen beauftragt werden, sollten die Angestellten entsprechend geschult werden.

Nils Gutmann stellt sich dem neuen Beirat als Sprecher des Jugendbeirats Horn-Lehe vor. Er stellt die aktuellen Projekte des Jugendbeirats vor: eine Anti-Diskriminierungskampagne, ein Plakat zur Sicherheit auf dem Schulweg und die 1. Horner Jugendkonferenz, die am 17. Juni 2023 stattfand. Im September wird voraussichtlich die erste Sitzung gemeinsam mit dem Fachausschuss für Stadtteilentwicklung, Kultur und Jugendbeteiligung stattfinden. Der Jugendbeirat ist sehr aktiv auf Instagram unter [@jugendbeirat_horn_lehe](#) und auch auf der Webseite www.jugendbeirat-horn-lehe.de können die Aktivitäten mitverfolgt werden.

Inga Köstner
- Vorsitzende -

Charlotte Eckardt
- Protokollführerin -

Ralph Draeger
- Beiratssprecher -